

Zusammenfassung

Die “Drehtür”, welche die EU-Institutionen direkt mit dem Privatsektor zu verbinden scheint, sodass AngestellInnen sich nahezu problemlos zwischen den beiden bewegen können, steht im Zentrum der engen Beziehung zwischen den EU-Institutionen und der Brüsseler Lobbyindustrie.

Wie die Allianz für Lobbytransparenz und ethische Regeln (ALTER-EU) letztes Jahr in einem Bericht hervorgehoben hat, sind mehrere früherer EU-KommissarInnen kürzlich durch die Drehtür gegangen; sie sind also aus ihrem Amt heraus direkt in Lobbytätigkeiten gewechselt. Das hat ernsthafte Fragen über mögliche Interessenkonflikte aufgeworfen.

Das Phänomen, dass in EU-Behörden arbeitende BeamtInnen, insbesondere in höheren Stellen mit Richtlinien- oder Entscheidungskompetenzen, auch direkt in die Industrie oder zu Unternehmenslobbies wechseln, ist weniger bekannt. Es ist aber nicht ungewöhnlich – leitende RegierungsbeamtInnen wechseln oft in Stellen, die eng mit ihrer vorherigen, öffentlichen Rolle verknüpft sind.

Derartige Jobwechsel erzeugen Interessenkonflikte, und ermöglichen es BeamtInnen, ihr Insiderwissen über die europäischen Entscheidungsfindungsprozesse sowie ihre Kontakte zu früheren KollegInnen zum Vorteil ihrer neuen ArbeitgeberInnen oder KundInnen zu verwenden. Es besteht auch das Risiko, dass die Aussicht, durch die Drehtür zu gehen, BeamtInnen während ihrer Parlamentszeit beeinflussen und dazu führen könnte, dass sie nicht im Interesse der Allgemeinheit handeln, sondern dem zukünftiger ArbeitgeberInnen oder KundenInnen.

Dieser Bericht beinhaltet Details über 15 Fälle von leitenden EU-BeamtInnen (siehe Anhang 1), die durch die Drehtür gegangen sind. Die EU-Institutionen regulieren den Gang durch die Drehtür, aber die Regeln sind schwach und schlecht umgesetzt. In den Fällen, die in diesem Bericht dokumentiert sind, konnten viele BeamtInnen ohne irgendwelche Auflagen in Lobbytätigkeiten wechseln. In anderen Fällen scheinen die Regeln völlig ignoriert worden zu sein, bis zivilgesellschaftliche Organisationen und die Medien die Fälle an die Öffentlichkeit brachten. Zwischen Januar 2008 und Juli 2010 wurde von 201 AntragstellerInnen insgesamt nur ein Beamter durch die Drehtür-Regulierung an der Aufnahme einer neuen Tätigkeit gehindert.

Folgende, besonders besorgniserregende Fälle, werden im Bericht ausführlich dargestellt:

- **Mogens Peter Carl** war Generaldirektor der Generaldirektion (GD) Handel und danach bis 2009 Generaldirektor der GD Umwelt. Nur sechs Monate nach seinem Ausscheiden aus der Kommission wurde Carl Berater bei Kreab Gavin Andersen, einer der größten Brüsseler Lobbyagenturen, die unter anderem den Chemiehersteller ICI und das Fahrzeugunternehmen Scania vertritt. Die Kommission hat keine Karenzzeit angeordnet.

- **Thomas Lönngren** war bis Dezember 2010 Direktor der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA). Im Januar 2011 gründete er seine eigene Agentur und trat der NDA-Gruppe bei, die sich auf die Beratung der Pharmaindustrie spezialisiert hat. Erst nachdem sich Nichtregierungsorganisationen über die Interessenkonflikte beschwert haben, die aus seinen neuen Jobs erwachsen, hat die EMA Lönngren Restriktionen auferlegt.
- **Derek Taylor** war leitender Berater für Energie bei der GD Energie und wechselte nur Wochen nach seinem Ausscheiden aus der Kommission zu einer Stelle als Berater für Energiefragen bei der Lobbyagentur Burson-Marsteller. Taylors Wechsel war jedoch nicht von der Kommission genehmigt worden; die Erlaubnis scheint erst rückwirkend beantragt worden zu sein (im September 2011), nachdem ALTER-EU der Kommission den Fall vorgelegt hatte.
- Im Jahr 2010 wechselte **Mårten Westrup** von der GD Unternehmen und Industrie zu BusinessEurope und lobbyierte seine früheren KollegInnen in Fragen des Klimawandels im Interesse von BusinessEurope. Unter den jetzigen Regeln bedurfte dieser Wechsel jedoch nicht der Genehmigung durch die Kommission, und zwar aufgrund eines Schlupfloches, das MitarbeiterInnen mit befristeten Verträgen von der Pflicht entbindet, derartige Wechsel abzusegnen. Westrup ist inzwischen erneut durch die Drehtür gegangen und arbeitet wieder in der GD Energie.

Brüsseler Lobbyfirmen rekrutieren aktiv BeamtInnen aus den Rängen der europäischen Union. So können sie ihr Prestige erhöhen und „Insiderzugang“ für sich beanspruchen, der wiederum den Konzernen, für die sie arbeiten, helfen kann, ihre Ziele in der EU-Politik zu erreichen. Studien von ALTER-EU zeigen, dass mehr als die Hälfte der LobbyistInnen von vier bekannten Brüsseler Lobbyagenturen vorher Erfahrungen innerhalb von EU-Institutionen gesammelt haben.

Es ist klar, dass diese Situation sich ändern muss – und zwar dringend. Neue Regeln müssen entwickelt werden, die öffentliche Interessen richtig schützen. In Bezug auf die Drehtür bedürfte es einer obligatorischen Karenzzeit von mindestens zwei Jahren, die es allen BeamtInnen verbietet, in Lobbytätigkeiten oder andere Berufe zu wechseln, die einen Interessenkonflikt für BeamtInnen der EU-Institutionen und –Agenturen hervorrufen könnten. Andere Schlupflöcher in den aktuellen Regelungen sollten ebenfalls geschlossen werden, beispielsweise die Nichtanwendung der Regelungen auf EU-MitarbeiterInnen mit befristeten Verträgen, und der Mangel an Sicherheitsüberprüfungen und Kontrolle von denen, die nach einer Lobbytätigkeit bei einer EU-Behörde anfangen.

Die Kommission ist in Sachen Drehtür viel zu verschwiegen und selbstgefällig und hat wiederholt Aufforderungen z.B. von ParlamentarierInnen und ALTER-EU-Mitgliedern abgelehnt, auf eigene Initiative Informationen darüber zu veröffentlichen, wer durch die Drehtür gegangen ist bzw. Darüber rückwirkend Informationen herauszugeben, wenn sie über das EU-Informationsfreiheitsgesetz angefragt wurden. Das muss sich ändern, da

eine öffentliche Kontrolle der Drehtür offensichtlich nur bei voller Transparenz erfolgen kann.

Wie dieser Bericht zeigt, erzeugt die Drehtür erhebliche Interessenkonflikte und untergräbt das Vertrauen in die Redlichkeit und Unbefangenheit der Willensbildung in Brüssel. Die Risiken der Drehtür nicht zu beheben hieße, die Unabhängigkeit und demokratische Legitimierung der europäischen Behörden in allen EU-Mitgliedsstaaten weiter zu unterhöhlen. Eine Überprüfung der Personalregelungen ist bereits im Gange, unter der Leitung von Kommissar Maroš Šefčovič, und soll 2012 fertiggestellt werden. Es ist zwingend notwendig, dass das Problem der Drehtür bei dieser Überprüfung angemessen in Betracht gezogen wird.

ALTER-EU empfiehlt mit Nachdruck die folgenden Änderungen, um die **Regulierung der Drehtür zu verbessern**:

- ⌚ Eine obligatorische Karenzzeit von mindestens zwei Jahren für alle MitarbeiterInnen von EU-Institutionen, die Lobbytätigkeiten oder Tätigkeiten in der Politikberatung aufnehmen, oder irgendeine andere Tätigkeit, die einen Interessenkonflikt mit ihrer Arbeit als Beamter/m hervorruft.
- ⌚ Ein klares Verbot für alle MitarbeiterInnen in EU-Behörden, die ein Urlaubsjahr nehmen, das mit Lobbytätigkeiten oder Politikberatung verbunden ist oder einen Interessenkonflikt mit ihrer Arbeit als Beamter/m hervorruft.
- ⌚ Ein klares Verbot für alle MitarbeiterInnen in EU-Behörden, binnen zwei Jahren eine neue, externe Anstellung anzunehmen, es sei denn, ihnen wurde im Vorfeld die Erlaubnis dazu erteilt
- ⌚ Die Aufnahme einer umfassenden Definition von Interessenkonflikten.
- ⌚ Die Anwendung auf das gesamte Personal, das in EU-Behörden arbeitet (inklusive MitarbeiterInnen mit befristeten Verträgen).

Darüber hinaus sollten die EU-Behörden im Rahmen der Drehtür-Regelungen **neues Personal auf Interessenkonflikte überprüfen**. Dabei muss es darum gehen, potentielle Interessenkonflikte einzuschätzen, die entstehen, wenn sich eine bei einer EU-Behörde angestellte Person mit Dingen befasst, zu denen sie vorher Lobbyarbeit betrieben hat oder mit Dingen, die maßgeblich die finanziellen oder kommerziellen Interessen ihrer früheren ArbeitgeberInnen und Kund betreffen. Dies sollte beinhalten: Lobbyagenturen, Handelsverbände, Denkfabriken und Andere. Wo immer ein potentieller Interessenkonflikt vorliegt, müssen die Betroffenen den neuen Job wegen Befangenheit ablehnen. Diese Selbstablehnungen aufgrund von Befangenheit sollten im Internet veröffentlicht werden.

Darüber hinaus sollten **verbesserte Verfahren** eingeführt und implementiert werden, die:

- ⌚ ein faires, strenges und konsistentes Verfahren einführen, um die Regeln in allen EU-Institutionen durchzusetzen. ALTER-EU hält eine unabhängige Kontrolle der Umsetzung der Drehtürregeln für notwendig.

- ⌚ mit ausreichend Ressourcen ausgestattet sind, um Drehtür-Fälle untersuchen und überwachen zu können. Die EntscheiderInnen müssen die Befugnis haben, Untersuchungen beim angestrebten Arbeitgeber des Beamten einzuleiten.
- ⌚ sicherstellen, dass Sanktionen zur Umsetzung der Entscheidungen vorhanden sind.
- ⌚ eine ständig aktualisierte Liste aller Drehtürfälle im Internet verlangen. Das Transparenzsystem des Vereinigten Königreichs unter dem ACOBA (Advisory Committee on Business Appointments) könnte hier Ansätze liefern. (siehe Anhang 2)